

1. Zur generellen agrarpolitischen Ausrichtung

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg wird heute wie in Zukunft maßgeblich durch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU bestimmt. Hier stehen im Zuge der Neuausrichtung nach 2013 wichtige Weichenstellungen bevor. Auch zukünftig wird es erhebliche Spielräume für die nationale und regionale Umsetzung geben.

Die Einflussnahme auf die schlussendliche Beschlussfassung in Brüssel, aber auch die Umsetzung der GAP hier in Baden-Württemberg, wird in den kommenden Monaten und Jahren eine wichtige Rolle spielen. Dies gilt insbesondere für die generelle Positionierung gegenüber der von den Verbrauchern gewünschten Honorierung von Umweltleistungen und im Speziellen für die Honorierung des Ökologischen Landbaus.

Im lancierten Papier der EU-Kommission „The CAP towards 2020“ wird vom Ökolandbau als wichtigem Baustein einer ausgewogenen zukünftigen Agrarpolitik gesprochen. Die MEPL-Halbzeitbewertung in Schleswig-Holstein hat jüngst deutlich gemacht, dass der Ökolandbau eine effiziente Form für die Erreichung von gewünschten Umweltzielen bei der Umweltgütererzeugung darstellt.

- 1.1. Sollte die ökologische Ausrichtung der Landbewirtschaftung, im Speziellen die Position des Ökologischen Landbaus, für die Zeit nach 2013 gestärkt werden? Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Implementierung ökologischer Elemente in die zukünftige Agrarpolitik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene gegenüber dem konventionellen Landbau zu verteidigen und zu stärken?

Der ökologische Landbau ist in Baden-Württemberg gut eingeführt. Unter den alten Bundesländern nimmt der Ökolandbau in Baden-Württemberg eine führende Rolle ein. Diese starke Stellung ist im Wesentlichen auf die Bedeutung des Ökolandbaus innerhalb des MEKA-Programms zurückzuführen. Das MEKA-Programm ist die Grundlage für die Weiterentwicklung und Förderung des Ökolandbaus in Baden-Württemberg. Dabei wird auch weiterhin der Grundsatz der gleichberechtigten Förderung von Ökolandbau und konventionellem Landbau gelten. In der Agrarpolitik der CDU-geführten Landesregierung sind der ökologische Landbau und der konventionelle Landbau Partner bei der Bewältigung der zentralen Herausforderung für die Landwirtschaft: der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und der flächendeckenden Bewirtschaftung unseres Landes unter Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit. Baden-Württemberg ist mit seinem Agrarumweltprogramm bundes- und europaweit auf einem Spitzenplatz vertreten.

- 1.2. Die Rolle von privatrechtlichen Standards der Öko-Verbände wurde in der Vergangenheit von der Kommission zwischenzeitlich als Handelshindernis betrachtet. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Allgemein ist es üblich, dass die Politik Mindeststandards definiert. Dies gilt gleichermaßen auch für den ökologischen Landbau. Es bleibt dabei den Marktbeteiligten überlassen, ihr Produkt durch zusätzliche Standards aufzuwerten und sich dadurch von den Wettbewerbern abzuheben bzw. Kundenwünschen zu entsprechen, um dadurch einen Mehrwert zu erzielen.

- 1.3. Inwieweit werden Sie die weiterhin wichtige Funktion der Anbauverbände in der Fortentwicklung des Ökomarktes unterstützen bzw. die bereits heute erbrachten Leistungen entsprechend honorieren?

Die Funktionen der Anbauverbände bei der Fortentwicklung der Bearbeitung und Gestaltung des Ökomarktes sind vielfältig. Dies betrifft einerseits die Beratung und Qualifizierung ihrer Mitglieder, die Mitwirkung an der Gestaltung entsprechender gesetzlicher Regelung einschließlich Überwachungsfragen, aber auch ihre Funktion als Lizenznehmer des Biozeichens Baden-Württemberg. Für das Marktsegment "Produkte mit nachvollziehbarer regionaler Herkunft und aus vollständig umgestellten Betrieben" ist das Biozeichen Baden-Württemberg ein attraktives Angebot des Landes. Damit wird die Funktion der Verbände in der Bearbeitung und Gestaltung des Ökomarktes bei entsprechenden Maßnahmen des Biozeichens BW und in den Gremien gestärkt. Sie können daher auf die Unterstützung des Landes, insbesondere über die MBW-Marketinggesellschaft bauen.

- 1.4. Wie werden Sie bzw. Ihre Partei die Mitsprache der im Lande tätigen Öko-Anbauverbände an der Ausformulierung der zukünftigen Agrarpolitik sicherstellen?

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der CDU-geführten Landesregierung und Berufs- sowie Fachverbänden hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Informationsaustausch und konstruktive Diskussionen finden bei vielen Gelegenheiten auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung statt. Eine feste Einrichtung ist beispielsweise das Jahresgespräch des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz und der Öko-Verbände, das jeweils im Dezember stattfindet. In dessen Rahmen werden alle aktuellen und grundsätzlichen Fragen erörtert. Daneben hat sich der Begleitausschuss für die Umsetzung des "Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2007 bis 2013" (MEPL II) als gute Plattform der konstruktiven Diskussion der Verbände mit dem Ministerium erwiesen.

2. Die Zukunft des Ökolandbaus in Baden-Württemberg Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg AÖL

2. Die Zukunft des Ökolandbaus in Baden-Württemberg

Die Nachfrage nach Erzeugnissen aus ökologischem Anbau wächst seit Jahren beständig. Für das Jahr 2010 verzeichnete alleine der Naturkostsektor Zuwachsraten von über 11%. Verbraucher wünschen entsprechend repräsentativer Befragungen heimische Öko- Erzeugnisse – und nicht die fragwürdige Biozwiebel aus China.

Der momentane Dioxin-Skandal zeigt deutlich, welche Vorteile die rigiden Regelungen und die hohe Kontrolldichte im Ökolandbau haben. Als Anbauverbände des Ökologischen Landbaus kommen wir mit diesen Vorgaben dem generellen Bedürfnis weiter Teile der Gesellschaft nach sicherer und gesunder Lebensmittelerzeugung nach. Eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft kann auch von der Politik nicht gewollt sein. Auch die Leistungen für Umwelt und Gesellschaft durch die ökologische Wirtschaftsweise sind allgemein anerkannt. Jedoch fällt Baden-Württemberg seit einigen Jahren im bundesweiten Vergleich immer weiter zurück: Der relative Anteil der baden-württembergischen Ökofläche an der deutschen Anbaufläche nimmt sukzessive ab.

Als tiefer Einschnitt und in diesem Zusammenhang unverständlich erfolgte im Herbst 2010 der komplette MEKA-Förderstopp für Öko-Neueinsteiger. Nach massivem Einschreiten der Branchenvertreter konnte dies für ein kurzes Zeitfenster rückgängig gemacht werden – der Förderstopp gilt nun faktisch ab dem 2. Januar 2011.

Mit diesem Schritt verhindert die bisherige Landesregierung de facto den Einstieg in den Ökolandbau bis zum Ende der laufenden MEKA-Förderperiode. Dies konterkariert massiv die Arbeit der (teilweise mit finanzieller Unterstützung des MLRs) im Lande tätigen Öko-Anbauverbände und deren Beratungsangeboten.

Die Ökoanbaufläche nimmt in Baden-Württemberg seit Jahren kontinuierlich zu. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg teilte vor wenigen Tagen mit, dass einschließlich Teilumstellungen 112.000 Hektar nach ökologischen Richtlinien bewirtschaftet werden. Vollständig umgestellt sind rund 100.000 Hektar, das sind knapp 7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-Württemberg. Während der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg an der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Fläche 8,5 % beträgt, liegt der Anteil der Öko-Fläche Baden-Württembergs an der in Deutschland ausgewiesenen Ökofläche bei ca. 10 %. 3042 Betriebe von rund 44.500 betreiben ihren Hof voll oder teilweise nach den Vorgaben der EU-Ökoverordnung.

Die führende Stellung wird durch die Förderung des Ökolandbaus im Rahmen von MEKA III gefestigt. Trotz des konsequenten Sparkurses der CDU-geführten Landesregierung wurde das Fördervolumen des MEKA-Programms 2011 von 99 Mio. Euro auf mehr als 105 Mio. Euro erhöht. Die 2011 einsteigenden Betriebe werden im Rahmen der von der EU vorgegebenen Fünfjahresverträge bis 2015 gefördert.

Außerdem fördert die CDU-geführte Landesregierung mit 266.000 Euro jährlich die Ökoverbände. Unabhängig davon bleibt festzustellen, dass Baden-Württemberg mit weitem Abstand eine Spitzenstellung in Deutschland einnimmt: Die je Flächeneinheit gewährte Förderung ist mehr als doppelt so hoch als der Bundesdurchschnitt.

2.1. Die Nachfrage nach Öko-Produkten konnte in den letzten Jahren durch heimische Ware nicht gedeckt werden. Sehen Sie hierin eine Chance für die Landwirtschaft in BW? Wenn ja, was wollen Sie hier unterstützend unternehmen? Welche Rolle sehen Sie generell für den Ökologischen Landbau in Baden-Württemberg?

Der ökologische Landbau in Baden-Württemberg hat eine lange Tradition und ist ein fester Bestandteil der Land- und Ernährungswirtschaft. Vor dem Hintergrund des Megatrends "Regionalität" hat der baden-württembergische Ökolandbau weitere erfreuliche Wachstumsperspektiven im heimischen Markt. Dies gilt insbesondere im Fleisch- und Geflügelbereich sowie bei den Sonderkulturen. Um dieses Potenzial nutzen zu können, müssen auch die Vermarktungsstrukturen weiterentwickelt werden, um auch in den Absatzwegen (in denen Wachstum erfolgen wird) erfolgreich und somit verlässlich auftreten zu können (siehe dazu auch Ziff. 1.).

2.2. Ausgehend von der jetzigen Situation (MEKA-Förderstopp für Neuumsteller ab 2. Januar 2011) würden in den kommenden Jahren keine Betriebe auf ökologische Bewirtschaftung umsteigen. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei die weitere

Unterstützung und Entwicklung des hiesigen Ökolandbaus bei bekannter Weise steigender Verbrauchernachfrage nach explizit heimischen Erzeugnissen vorstellt.

Bis jetzt ist es allen umstellungsfähigen Betrieben unter den bekannten Voraussetzungen bis 15. Mai 2011 möglich, in die Fördermaßnahmen und den Ökolandbau einzusteigen. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wird die neue Landesregierung über die agrarpolitischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre entscheiden.

Die CDU spricht sich dafür aus, dass dabei der Ökolandbau die gebührende Berücksichtigung findet. Die Verbrauchernachfrage nach Ökoprodukten wird immer bedient werden können. Im gemeinsamen europäischen Markt können die Verbraucherinnen und Verbraucher ihren täglichen Warenkorb aus einem vielfältigen Angebot entsprechend ihrem Geschmack und ihren Präferenzen auswählen.

2.3. Vor dem Hintergrund des häufigen Umsteuerns im Bereich der Öko-MEKA-Prämie benötigen unsere Landwirte (und Umstellungsinteressenten) zukünftig agrarpolitische Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei zu der Aussage „Landwirte benötigen Planungssicherheit“ positioniert und wie Sie diese Planungssicherheit innerhalb der Agrarpolitik sicherstellen und umsetzen werden. Im Speziellen zielt diese Frage auf die Tatsache, dass es bereits in der letzten Förderperiode zu einem Förderstopp für Umstellungsbetriebe zum Ende der Programmlaufzeit kam.

Die Auffassung, dass Landwirte Planungssicherheit benötigen, teilt die CDU Baden-Württemberg voll und ganz. Dies ist ein nach unserer Ansicht tragendes Grundprinzip bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik. Wir fordern dies mit Nachdruck auch für die neue Förderperiode 2014 bis 2020.

Unsere Politik in Baden-Württemberg baut seit jeher auf dem Prinzip der Verlässlichkeit auf. Wir informieren die Landwirte rechtzeitig über anstehende Veränderungen, damit sie sich darauf einrichten können. Soweit der landespolitische Einfluss der Landesregierung reicht, gibt es daher keine in der Frage angedeuteten häufigen oder gar abrupten Änderungen der politischen Zielsetzungen und Handlungsstränge, sondern - wo notwendig - behutsame Weiterentwicklungen, die sich an den Anforderungen der Realität orientiert, der die jeweils Betroffenen ausgesetzt sind.

2.4. Bitte legen Sie dar, inwieweit sich Ihre Partei Gedanken zur Implementierung eines breit aufgestellten „Aktionsplans zur Förderung des Ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg“ gemacht hat. Aus Sicht der Anbauverbände des Ökologischen Landbaus ließe sich für die Ausgestaltung eines derartigen Aktionsplans ausgezeichnet an das bestehende Angebot des Landes, das von der MBW betreute „Biozeichen Baden-Württemberg“, anknüpfen. Auch viele andere europäische Länder und Regionen gehen hier mit einem positiven Beispiel voran.

Aufgrund der breit angelegten bisherigen bewährten Förderung des Ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg (siehe auch Ziff. 2.), sehen wir derzeit keine Notwendigkeit und keinen Ansatzpunkt für einen zusätzlichen "Aktionsplan zur Förderung des Ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg".

- 2.5. Der aktuelle Dioxin-Skandal führt deutlich die Vorteilhaftigkeit vieler klarer Regelungen des Ökolandbaus vor Augen. Bitte legen Sie dar, inwieweit die rigiden Vorgaben der hiesigen Ökoverbände als Vorbild von Regelungen im Bereich der konventionellen Lebensmittelindustrie dienen können bzw. inwieweit der Ökolandbau zum Paradebeispiel für eine sichere Lebensmittelerzeugung benannt und politisch protegert werden kann.

Der Dioxinskandal wurde durch kriminelle Machenschaften ausgelöst. Bund und Länder haben jetzt die Bestimmungen verschärft, um solche Verbrechen künftig zu vermeiden. Aber kriminelle Energie ist leider in allen Bereichen nicht berechenbar. Betrugshandlungen im besonders sensiblen Bereich der Lebensmittelsicherheit sind nachdrücklich zu verurteilende Delikte. Mit Liefer- und Abnahmeverträgen besteht in der Landwirtschaft ein sicheres Instrument zur Sicherung der Qualität und Transparenz. Dies funktioniert im Ökolandbau in vorbildlicher Weise. Aber auch der Ökolandbau ist vor kriminellen Machenschaften nicht gefeit.

3. Abstimmung in Fragen der Umsetzung von EU-Recht auf Länderebene

Im Politikbereich des ökologischen Landbaus besitzt ein partizipativer Politikansatz tiefere Bedeutung, da der Sektor historisch staatsfern entstanden, organisiert und institutionalisiert war. Seitens des hiesigen Landwirtschaftsministeriums wurden aus unserer Sicht nicht ausreichende Anstrengungen unternommen, die Verbände des Ökologischen Landbaus in die Politikgestaltung und Auslegung des EU-Rechts zum Ökologischen Landbau mit einzubeziehen.

Wir als Verbändevertreter wünschen uns, dass im Rahmen der Umsetzung der EU-Öko-Verordnung, aber auch bei allen weiteren Fragen die Ökolandbau-Politik betreffend, staatliches Handeln und nichtstaatliche Fachkenntnisse sinnvoll miteinander verknüpft werden.

- 3.1. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei die zukünftige Zusammenarbeit mit den im Lande tätigen Öko-Anbauverbände und deren Fachberatern bei der Umsetzung von EU-Recht vorstellt bzw. welchen institutionellen Rahmen Sie hierfür als angemessen und sinnvoll erachten?
Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg AÖL

siehe Antwort Ziff. 1.4

- 3.2. Obwohl unsere Fachberater die wichtigste und häufigste Schnittstelle zu den praktizierenden Landwirten darstellen, wird ihnen zum Teil auch weiterhin der Zugang zu MLR-internen Informationen zum Ökologischen Landbau verwehrt. Wie werden Sie in diesem Bereich zukünftig den Informationsfluss zum Wohle der Landwirte sicherstellen und verbessern?

siehe Antwort Ziff. 1.4